

Hintergrundpapier

Nr. 20 / Dezember 2011

Preokret! Aufruf zur Wende in Serbien

Dr. Christian Christ-Thilo

Am 09. Dezember stehen für den Europäischen Rat weitreichende Beschlüsse an. Seine Entscheidungen werden die europäische Perspektive von Teilen des Westbalkans grundlegend beeinflussen. Auch in Serbien wird dieser Termin von der politischen Klasse aber auch von vielen Einwohnern als schicksalhaft empfunden. Die Liberalen haben deshalb eine besondere politische Initiative ergriffen.



Das Symbol der Wendeinitiative

Für Serbien steht Anfang Dezember nicht weniger auf dem Spiel, als schlicht den Anschluss an eine Entwicklung zu verpassen, in deren Verlauf bereits Slowenien 2004 EU-Mitglied geworden ist, Kroatien im Sommer 2011 die Beitrittsverhandlungen mit der Europäischen Union beenden konnte und Mazedonien 2005 sowie Montenegro 2010 der Kandidatenstatus zugesprochen wurde. Gehört Serbien nach dem 09. Dezember nicht zu den Kandidatenländern und vermag somit nicht dem Auftakt von konkreten Verhandlungen mit der EU entgegenzusehen, wird sich die innenpolitische Situation in dem einwohnerstärksten Staat des ehemaligen Jugoslawiens massiv zuspitzen, weil sich das bereits bestehende veritable Glaubwürdigkeitsproblem der jetzigen Regierung zu einer ernsthaften Krise auswachsen könnte.

Die pro-europäische Opposition im serbischen Parlament wird deshalb seit Monaten nicht müde, mit ihren Forderungen die Regierung auf den europäischen Weg einzuschwören. Insbesondere die serbischen Liberalen zeigen Flagge. So war es die LDP, der Partner der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit, die bereits im Mai 2011 in Form einer dreizehnseitigen Deklaration für eine gesellschaftliche Erneuerung und Modernisierung Serbiens die Initiative ergriff.

Angesichts des wieder entfachten Kosovokonflikts und mit Blick auf die Entscheidung des Europäischen Rates am 09. Dezember über die Annahme der Kandidatur Serbiens, stellte die LDP am 5. November, dem sechsten Jahrestag der Parteigründung, gemeinsam mit zwei weiteren im Parla-

ment vertretenen Parteien – der Serbischen Erneuerungsbewegung SPO und der Sozialdemokratischen Union SDU – der politischen Öffentlichkeit unter dem Titel „Wende“ eine auf Basis der Maideklaration verfasste Proklamation vor. Mit erheblichem Aufwand wird seitdem auch im Stadtbild für die Politik der Wende geworben.

Die Initiative wurde in kurzer Zeit von mehr als 100 bekannten Persönlichkeiten aus Wissenschaft und Kultur unterzeichnet. Hier wurde erneut der Widerhall deutlich, über den die LDP gerade in diesen Kreisen verfügt. Noch am Tage der Veröffentlichung wurde auch Präsident Tadic aufgerufen, sich dieser Initiative anzuschließen. Tadic lehnte jedoch rundweg ab.

Im Wesentlichen beinhaltet die Proklamation zwei Forderungen: Zum einen nach vollständiger Änderung der serbischen Regierungspolitik gegenüber dem Kosovo im Sinne einer Konfliktleindämmung und -regelung und zum anderen, der Integration Serbiens in die Europäische Union endlich den notwendigen politischen Stellenwert beizumessen, nämlich dieses Ziel in den politischen Aktionen mit uneingeschränktem Vorrang zu verfolgen.

Mit dem derzeitigen Lavieren der regierenden Demokratischen Partei zwischen einer klaren proeuropäischen Politik und der Lösung des Kosovo-Konfliktes eröffnet sich im politischen Spektrum Serbiens Raum für die politischen Kräfte, die einen bedingungslosen Beitritt des Landes in die EU wollen. Man schätzt, dass diese Forderungen von mindestens 15% der Wähler unterstützt werden.

Ob aus dieser „Wende“-Koalition bei den bevorstehenden Parlamentswahlen auch eine Wahlkoalition entstehen wird, ist noch ungewiss. Während die LDP und die SDU Teil der Opposition sind, ist die SPO im Moment noch Mitglied der Regierungskoalition. Bereits jetzt setzt sich jedoch eine Mehrheit in der Parteiführung der SPO für eine Wahlkoalition mit der LDP und der SDU bei den kommenden Parlamentswahlen ein, die spätestens Anfang Mai nächsten Jahres stattfinden werden. Nur noch ein kleinerer Teil der SPO pocht auf einem Verbleib in der Regierung.

Die Entscheidung darüber, ob die bestehende Regierung bis zum Ende der Legislaturperiode ihre Mehrheit behalten wird, soll am 09. Dezember, dem Tag der Entscheidung über die Kandidatur Serbiens, fallen. Falls diese Entscheidung negativ ausfällt, sind vorgezogene Wahlen im Februar nicht unwahrscheinlich.

Text der Proklamation (Übersetzung des Büros der Stiftung in Belgrad)

Bürger Serbiens,

Wir stehen in der Pflicht, dann mutig zu sein, wenn Serbien entmutigt scheint. Wir stehen in der Pflicht, Serbien die Wahrheit zu sagen, auch wenn es einfacher wäre, sich selbst und andere zu belügen. Wir stehen in der Pflicht, unser Recht auf „Serbien in Europa und Europa in Serbien“ zu verteidigen.

Wir, alle Bürger guten Willens und all diejenigen, die vom 9. März 1991 bis zum 5. Oktober 2000 für ein europäisches Serbien kämpften, sind über die vielen nicht erfüllten Ziele verbittert. Besonders unzufrieden sind wir über das unnötige und gefährliche Nachgeben der pro-europäischen Regierung gegenüber der durch die Blockaden von zwei Zollübergängen im Norden des Kosovo ausgelösten antieuropäischen Hysterie. Dadurch ist die Erlangung des Kandidatenstatus und der Beginn der Beitrittsverhandlungen mit der EU in Frage gestellt worden.

Für ein Land unter Zeitdruck bedeutete das Ausbleiben des Kandidatenstatus oder die Erlangung einer Kandidatur ohne ein Datum für den Beginn von Beitrittsverhandlungen erneut das Auslöschung einer normalen Zukunft, den Zerfall von allem, was in Serbien noch erhalten ist, und eine weitere Phase der Isolation am Rande Europas für all diejenigen, die noch nicht aus Serbien geflohen sind.

Das Chaos, in dem wir uns befinden, hat die Regierungspolitik zu verantworten, die durch ihr Manövrieren und Zögern die europäische Orientierung der Gesellschaft und damit deren vitale Interessen sehr ernst gefährdet hat.

Deshalb sollte keiner von uns erwarten, dass wir der Politik gegen ein europäisches Serbien als stumme Zeugen zusehen werden. Die Arbeit der Regierung kann nur von ihr selbst geleistet werden. Diejenigen, die Serbien zu führen beanspruchen, haben die Verantwortung für die europäische Zukunft des Landes zu übernehmen. Im Falle, dass die Regierung der Realität dennoch ins Auge sieht, wird sie uns, die wir nicht mehr abwarten wollen, wahrnehmen müssen, wie wir bereits dabei sind, die Hindernisse auf dem Weg Serbiens nach Europa zu beseitigen.

Es ist traurig um ein Land bestellt, das durch den Kampf gegen die eigene europäische Zukunft langfristig zu einem Leidensweg verurteilt ist. Furchtbar wird der Preis der Lügen all derer sein, die die Bedeutung der Entscheidung am 9. Dezember herabwürdigen. Die Bedeutung dieses Datums begreift Serbien bislang ebenso wenig, wie es den Fall der Berliner Mauer oder die Folgen des Akzeptierens einer Politik des Krieges und der Verbrechen verstanden hat. Daher sollten wir wissen, dass, falls wir nicht mit der Wahrheit und einer demokratischen Mobilisierung zu antworten in der Lage sein werden, uns die Annahme, Serbien könne auch ohne Europa auskommen, schlimmer als in den neunziger Jahren treffen würde.

In Serbien wird dieser Dezembertag gleichzeitig als Bedrohung und als Chance empfunden. Durch diesen Tag werden unsere Zukunft und unsere Vergangenheit, werden die positive und negative Energie Serbiens, Erfolge und Misserfolge, Glück und Enttäuschung, werden Freuden und Ängste unserer Generation wie in einem Brennglas neu dargestellt. Deshalb müssen wir uns mit einer klaren Haltung zur europäischen Zukunft des Landes der politischen Hypnose, die den wahren Wert Europas für Serbien herabsetzt, entgegenretzen. Wir gehen sonst in der Selbstisolation verloren, die uns als ehrenhafte Antwort auf ein angeblich unehrenhaftes Europa angeboten wird.

Wir dürfen vor den Lügen, die die schwarzen Statistiken Serbiens verheimlichen, nicht die Augen verschließen. Wir sind die ärmste europäische Gesellschaft, die mit den niedrigsten Gehältern und Renten, die mit der höchsten Arbeitslosenquote, den geringsten Investitionen, größtem Schuldenwachstum, einem wenig funktionalen Bildungssystem und höchstem Brain Drain in Europa. Das ist nicht das Bild unserer Fähigkeiten, sondern der Preis einer falschen Politik. Der Preis wird höher, solange wir uns von dieser Politik nicht abwenden.

Erschreckend ist, dass ein Teil der politischen, religiösen, wirtschaftlichen und kulturellen Kräfte im Land ihr eigenes Interesse an diesem tiefsten historischen Loch erkennen in das wir fallen, wenn



Verkündung der Initiative Preokret! in Belgrad
(Foto: Toni Crisolli)

wir die Europäische Zukunft aufgeben. Wir haben eine Regierung, aber keinen Rechtsstaat. In einem Land, das in der europäischen Integration nur ein Statist ist, wird es so lange keine ausreichende Beschäftigung geben, solange die Verteilung von Arbeit nicht dem Markt sondern den Machthabenden vorbehalten bleibt, keinen Spitzensport, so lange die Machthabenden diesen kontrollieren, keine Kultur, ohne dass die Machthabenden ihr ihren Stempel aufdrücken und keine Medien, die von der Redaktionspolitik der Machthabenden verschont bleiben.

Gut ist, dass wir uns dieser Realität bewusst sind und dass unser Einsatz für ein Serbien in Europa zeigt, in welcher Welt wir leben möchten. Einen Sinn sehen wir nur in einem Serbien veränderter Prioritäten, in einem Land freier Bürger, das endlich den Frieden mit sich selbst und mit den Nachbarn findet, in einer Gesellschaft, die durch Recht und effiziente Institutionen regiert wird, in einer Gemeinschaft, die Wissen, Arbeit und Erfolg schätzt und unterstützt, Wettbewerb fördert und die Wirtschaft öffnet und modernisiert. Die künftige Entwicklung wird bestätigen, dass unsere Vorstellung von einer Gesellschaft im 21. Jahrhundert tatsächlich eine positive Vision ist. Heute sollten wir uns um die Idee der Wende, die Serbien nach Europa führen wird, versammeln und uns als reife Gesellschaft, die fähig ist, rational über eigenes Interesse nachzudenken, beweisen. Wir müssen mit unserer Stärke die offizielle Politik Serbiens dazu zwingen, die notwendigen Entscheidungen für einen Wechsel des Kosovokurses zu treffen. Damit wäre die größte Verpflichtung dieser Generation, die bestehende historische Chance zu nutzen, erfüllt.

Unsere Antwort auf die Katastrophe, mit der die vereinigte antieuropäische Front droht, muss klar, entschieden und kraftvoll sein. Daher möchten wir all diejenigen zusammenführen, die für ein Serbien in Europa stehen und sich um diese einzig vernünftige Idee sammeln. All unsere Unterschiede, all unsere Enttäuschungen ordnen wir dem Kampf für ein Serbien in der Europäischen Union unter. Eine Mobilisierung aller Kräfte gegen Armut und Unterentwicklung ist jetzt notwendig.

Wir lehnen einen Rückzug und eine Kompromisslösung mit den antieuropäischen Dieben unserer Zukunft ab. Wir dürfen nicht zulassen und wir haben auch nicht das Recht dazu, uns vor den Ideen zurückzuziehen, die uns bereits in den Neunzigern in ein blutiges Abenteuer gestürzt haben, das mit der geschichtlich größten Niederlage Serbiens und des serbischen Volkes endete. Wir strandeten in Flüchtlingskolonnen und in Wartereihen vor den Botschaften der Länder, in die unsere liebsten Freunde und Verwandten auswanderten, während Serbien durch die in seinem Namen gegen andere Völker und sich selbst verübten Verbrechen beschämt wurde. Die antieuropäischen Kräfte sind jetzt in einem gemeinsamen Ziel, Barrikaden auf allen Wegen nach Europa aufzustellen, vereint. Versteckt hinter Parolen des Kosovo-Unglücks, das sie selber verursachten, erklären sie heute Europa als einen Feind Serbiens und aller Serben auf der Welt. Sie rufen damit ein neues Unglück im Kosovo und eine Tragödie in Serbien herbei, schüren erneut Hass gegenüber den Nachbarn und drohen damit, dass Serbien ein neues Chaos entfachen könnte.

Europa ist unser erstes Staatsinteresse, nicht nur wegen der hunderttausenden Bürger Serbiens, die dort leben und arbeiten, sondern auch, weil wir auf den europäischen Markt und dessen Investitionen angewiesen sind. Auch, weil Europa für ein Wertesystem steht zu dem wir tendieren, und wir die europäische Unterstützung und Solidarität in schwierigen Zeiten erfahren haben. Die Europäische Union ist der Rahmen für unsere antifaschistische Geschichte und politische Tradition in Wirtschaft, Technologie, Kultur, Bildung, letztlich in allem.

Durch die Nicht-Anerkennung der kosovarischen Wahrheit und Realität werden sich diese Wahrheit und Realität nicht ändern. Kosovo ist nicht unter serbischer Souveränität seit dem Krieg 1999 und der „Kumanovo Kapitulation“, nach der sich Serbien aus dem Kosovo zurückgezogen hat. Da-

her bedeutet die Strategie: „Sowohl EU als auch Kosovo“ in Wahrheit „Weder EU noch Kosovo“. Zwischen den europäischen Staaten gibt es keine Zoll- und Grenzübergänge, und unsere Regierung, die behauptet, Serbien nach Europa zu führen, riskiert, dass uns dieses Europa wegen vier Zollbeamten auf zwei Zollübergängen vor der Tür lässt. Keiner kann das verstehen, und kein vernünftiger Mensch in Serbien kann diejenigen Serben begreifen, die bei den Serben im Kosovo mit der immer häufiger zu hörenden Aufforderung im Kosovo wieder Blut zu vergießen den Hass auf die Albaner, mit denen sie zusammenleben, schüren.

Serbien muss seine Politik ändern, wenn es nach Europa möchte. Anstatt alter Kosovoparolen brauchen wir neuen politischen Mut. Die Gesellschaft wird durch wegweisende Ideen vorangetrieben genauso wie sie durch Fälschungen zerstört werden kann, so wie sich die Kosovo-Politik der heutigen Regierung in ein Falsifikat verwandelt hat. Wir brauchen eine Vision von Serbien, die in der Zukunft bestätigt und nicht verworfen wird. Eine Idee, die unseren Horizont klar und deutlich umreißt. So eine Vision und Idee können wir nicht erreichen, indem wir außerhalb Europas bleiben und in einem ewigen Konflikt und Missverständnis mit den führenden demokratischen Staaten der Welt stehen.

Aus diesem Grund glauben wir, dass ein Kampf für Serbien in Europa und Europa in Serbien die einzig richtige und ehrliche Politik darstellt.

Deshalb braucht Serbien die Wende!

Dr. Christian Christ-Thilo ist Projektleiter der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit für den Westbalkan mit Sitz in Belgrad.

Impressum:

Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit
Bereich Internationale Politik
Referat für Querschnittsaufgaben
Karl-Marx-Straße 2
D-14482 Potsdam

Aktuelle Informationen zur Projektarbeit der Stiftung finden Sie unter www.freiheit.org